



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 9. Sitzung des Stadtrates vom
24.02.2011

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:25 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Entwurf Produkthaushalt 2011 - Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Anlagen
Vorlage: FB 2/401/2011
3. Ersteinrichtung für die Baumaßnahmen Marienschule und St. Antonius-Gymnasium
Vorlage: FB 4/225/2011
4. Bebauungsplan "Pilgrim-Ziegeleigelände"
Vorlage: FB 3/373/2011
5. 5. Änderung Bebauungsplan "Stadtfeld II"
Vorlage: FB 3/374/2011
6. Bildung einer Arbeitsgruppe (eines Unterausschusses) "Klimaschutzaktivitäten" - Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2011
Vorlage: FB 1/262/2011
7. Berichte
8. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

9. Berichte
10. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Einwohnerfragestunde

-Fehlanzeige-

TOP 2) Entwurf Produkthaushalt 2011 - Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Anlagen

Vorlage: FB 2/401/2011

Die von Bürgermeister Borgmann verlesene Haushaltsrede ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Es gilt das gesprochene Wort.

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2011 mit ihren Anlagen wird zu weiteren Beratung an den HFA und die Fachausschüsse verwiesen.

-einstimmig-

TOP 3) Ersteinrichtung für die Baumaßnahmen Marienschule und St. Antonius-Gymnasium**Vorlage: FB 4/225/2011**

Stv. Dr. Waldt erläutert, dass sich die Stadt bei den Schulbaumaßnahmen auf der Zielgeraden befinden würde. Da die Einbringung des Haushaltes 2011 wegen der Neuregelungen des GFG verschoben worden sei, sei die Beratung des vorstehenden Tagesordnungspunktes heute notwendig, damit die Schulen rechtzeitig ihren Schulbetrieb aufnehmen können.

Er regt an, heute einen Vorratsbeschluss durch den Rat fassen zu wollen, damit das Volumen der Auftragsvergabe abgesichert sei. Allerdings soll die der Sitzungsvorlage beigefügte Anlage nochmals im Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt (BVBU) beraten werden. Auch danach sei noch genügend Zeit vorhanden, um die Anschaffungen zu tätigen.

Stv. Krüger erinnert an die Einhaltung der Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 GO. Danach darf die Kommune ausschließlich Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind.

Auch sie unterstützt die Anregung, im BVBU die Entscheidung zu treffen, welche Anschaffungen notwendig seien.

Stv. Kehl stellt die Frage, warum nicht schon in der letzten Sitzung des BVBU die Maßnahmen zur Möblierung und Ausstattung mit Preisangaben vorgelegt worden seien.

Bürgermeister Borgmann entgegnet, dass der Rat der Herr des Verfahrens sei. Aufgrund der Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung sei nur der Rat in der Lage, die Mittel zur Verfügung zu stellen.

Auch Stv. Spiekermann-Blankertz hält eine Beratung im BVBU für sinnvoll gibt aber zu bedenken, dass das nicht dazu führen dürfe, an der Qualität der Ausstattung zu sparen.

Beigeordnete Karasch macht den Vorschlag, die Maßnahmen zur Möblierung und Ausstattung in einer Sondersitzung des zuständigen Ausschusses auch unter Beachtung der Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung zu beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt unter dem Vorbehalt der Beratung und Genehmigung durch den zuständigen Fachausschuss und unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 82 GO NRW die im Rahmen der Umbauten und Erweiterungen der Schulen „Mariengrundschule“ und „St. Antoniusgymnasium“ erforderliche Ausstattung und Möblierung entsprechend der Darstellung der Vorlage FB 4/225/2011.

-einstimmig-

TOP 4) Bebauungsplan "Pilgrim-Ziegeleigelände"**Vorlage: FB 3/373/2011**

Bürgermeister Borgmann verweist auf den in der letzten Sitzung des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung (APS) am 17.02.2011 gefassten Beschluss, wonach eine Erweiterung der Fläche durch Hinzunahme der Aufschüttungsfläche und der Seefläche in das Bebauungsplangebiet stattfinden soll und zudem die Verträglichkeit mit dem Einzelhandel in der Innenstadt überprüft werden soll.

Stv. Kehl erinnert daran, dass in der letzten APS Sitzung über diesen Tagesordnungspunkt sehr lebendig diskutiert worden sei. Nach seiner Ansicht seien auch im Gewerbegebiet „Wischebrink“ noch Flächen frei, die einer Nutzung zugeführt werden könnten.

Stv. Grundmann erläutert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Beschlussvorschlag nicht mittragen würden. Er begründet dies damit, dass das Verfahren zu stark inhaltlich verengt sei.

Bürgermeister Borgmann entgegnet, dass das Verfahren nunmehr erst beginnen werde. Falls in diesem Stadium weitere Vorschläge unterbreitet würden, sollte darüber diskutiert werden.

Stv. Spiekermann-Blankertz gibt zu bedenken, dass sich die Kommune zu sehr binde, wenn jetzt schon eine Festlegung auf ein Gartencenter stattfinden würde. Er hält dies für eine nicht optimale Lösung. Für die Nutzung dieses Areals seien in der Vergangenheit schon andere Alternativen entwickelt worden. Zudem warnt er davor, Strukturen zu schaffen, die die Einzelhandelsstruktur in Lüdinghausen bedrohen würden. Auch erläutert er, dass auf der Seite 99 des Gutachtens erwähnt worden sei, dass ein Gartencenter in Frage käme, allerdings vorher im Gutachten kein Hinweis enthalten sei, der dies rechtfertige.

Bürgermeister Borgmann erläutert, dass die SPD das Ergebnis vorweg nehmen würde. Ähnlich sehe er auch die Presseveröffentlichung am Wochenanfang in den Westfälischen Nachrichten. Darüber hinaus erläutert er, dass die Auswirkung auf die Einzelhandelsstruktur in Lüdinghausen von einem Gutachter beleuchtet werde. Er informiert darüber, dass am Vortag zur heutigen Ratssitzung mit den örtlich ansässigen Unternehmen ein sachliches und informatives Gespräch geführt worden sei und bittet darum, im weiteren Verfahren so miteinander umzugehen.

Stv. Breitbach begrüßt das nunmehr ein „Schandfleck“ zum Wohle der Stadt überplant werde. Auch er ist der Meinung, dass im Bezug auf das Gartencenter eine Rücksichtnahme auf die Belange der örtlichen Wirtschaft erfolgen müsse. Zudem sei auch das Einzelhandelsgutachten zu berücksichtigen. Aus seiner Sicht soll kein Protektionismus betrieben und eine Ansiedlung verhindert werden. Es sollen beide Seiten partizipieren.

Stv. Schäfer erinnert daran, dass sich seit der letzten APS Sitzung nichts am Sachstand geändert habe. Aus seiner Sicht müssen die Auswirkungen auf den Einzelhandel (Garten- und Pflanzensektor) explizit untersucht werden. Daneben seien auch weitere Faktoren, wie Altlasten, Tragfähigkeit des Grundstückes und die Verkehrsanbindung zu klären. Für ihn stelle die Tatsache, dass die Verwaltung für ein Grundstück einen Nutzungsvorschlag unterbreite, einen normalen Vorgang dar.

Stv. Holz macht die Anregung, die Aufschüttungsfläche und die Seefläche mit in das Bebauungsplangebiet aufzunehmen. Darüber hinaus soll hinsichtlich der verkehrlichen Erschließung untersucht werden, ob die Ampelanlage im Bereich „Am Hüwel“ entfallen und stattdessen ein Kreisverkehr entstehen könne.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Pilgrim-Ziegeleigelände“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB für den in der Anlage gekennzeichneten Bereich unter Einbeziehung der Aufschüttungsfläche und der Seefläche. Zudem sollen die durch Errichtung und Betrieb eines Gartencenters möglichen Auswirkungen auf die Einzelhandelsverträglichkeit für den Innenstadtbereich überprüft werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie das Verfahren zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	15
Enthaltungen:	1

TOP 5) 5. Änderung Bebauungsplan "Stadtfeld II"**Vorlage: FB 3/374/2011**

Auf Nachfrage von Stadtverordneten Friedenstab erläutert Bürgermeister Borgmann die Inhalte und Vorteile eines Umlegungsverfahrens.

Beschluss:

- A) Der Rat beschließt, das Verfahren zur 5. Änderung des Bebauungsplanes „Stadtfeld II“ als „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ gem. § 13a BauGB einzuleiten. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Änderungsentwurfes mit Begründung gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen.
- B) Der Rat ordnet für die Verwirklichung der Planung im Bebauungsplangebiet die Umlegung gem. § 46 Abs. 1 BauGB an.

-einstimmig-

TOP 6) Bildung einer Arbeitsgruppe (eines Unterausschusses)**"Klimaschutzaktivitäten" - Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2011****Vorlage: FB 1/262/2011**

Stv. Friedenstab erläutert den vorliegenden Fraktionsantrag. Er erinnert an die Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom 18.11.2010. Dort sei ein Antrag von der CDU-Fraktion zur Thematik „Klimaschutzaktivitäten“ gestellt worden. Aus Sicht von Stv. Friedenstab sei die Gründung eines Unterausschusses sinnvoll. Hierdurch könne in einem kleinen Kreis eine gemeinsame Vorbereitung zu dieser umfangreichen Thematik erfolgen. Der Vorteil läge darin, dass der zuständige Fachausschuss nur noch über die einzelnen Maßnahmen abstimmen müsse. Er regt die Gründung eines Unterausschusses „Klimaschutzaktivitäten“ an.

Stv. Schweer hält die Gründung eines Unterausschusses für nicht notwendig. Seiner Ansicht nach sei es besser, die Tagesordnungspunkte gezielt in Fachausschüsse beraten zu lassen. Hierzu sei kein zusätzlicher „Zwischenausschuss“ nötig.

Aus Sicht von Stv. Bontrup produziere ein Unterausschuss zusätzliche Kosten. Zu dem entstünde kein Mehrwert gegenüber einer Arbeitsgruppe.

Stv. Mönning hält einen Unterausschuss für zu stark formalisiert. Aus seiner Sicht sei eine Arbeitsgruppe sinnvoll.

Stv. Friedenstab relativiert seinen Vorschlag zur Gründung eines Unterausschusses dahingehend, dass auch eine Arbeitsgruppe aus seiner Sicht sinnvoll sei.

Stv. Dr. Waldt spricht sich für eine Beibehaltung des jetzigen Zustandes aus. So könne bei Vorliegen eines komplexen Themas der weitere Verfahrensgang innerhalb des Ausschusses überlegt werden. Allerdings solle dies nicht dazuführen, schon vorab einen Unterausschuss zu installieren.

Nach Ansicht von Stv. Kehl sei aufgrund der Wichtigkeit der Thematik, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe sinnvoll. Diese könne komplexe Themen vorberaten, ohne dass Kosten entstünden.

Aus Sicht von Stv. Grundmann sei das Thema „Klimaschutz“ umfassend aufzuarbeiten. Er erinnert daran, dass in der Vergangenheit auch ein Unterausschuss „Hallenbad“ gebildet worden sei. Die Thematik „Klimaschutz“ sprengte aus seiner Sicht eine Beratung im Ausschuss und sei besser in einem Unterausschuss oder einer Arbeitsgruppe aufzuarbeiten.

Stv. Schwarzenberg hält die Thematik für so wichtig, dass sich der zuständige Ausschuss damit beschäftigen soll. Für bestimmte Themenarbeiten könne eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Allerdings solle dies nicht vorab geschehen, sondern die Entscheidung hierüber soll dem zuständigen Ausschuss vorbehalten bleiben.

Stv. Tüns erinnert daran, dass eine Straffung der politischen Gremien erreicht worden sei. Einen weiteren Unterausschuss oder eine Arbeitsgruppe hielte er nicht für erforderlich.

Antrag der SPD-Fraktion, eingebracht von Stv. Friedenstab

Beschluss:

Der Rat beschließt die Bildung einer Arbeitsgruppe die sich mit allen Facetten der Zukunftsaufgabe Klimaschutz befassen soll.

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	4

TOP 7) Berichte

Herr Gantefort berichtet über Baumfällungen im Kranichholz und die dazugehörigen Anfragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 20.02.2011.

Die Mitteilung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

TOP 8) Anfragen

- a) Stv. Wischnowski fragt an, um welche Baumarten es sich handeln würde und wie alt diese seien.

Herr Gantefort erläutert diese Angaben zu Protokoll zu geben.

Nachträglich zur Protokoll: Bei den Bäumen handelt es sich um ca. 40 – 100 Jahre alte Eichen. Sowie um 30 – 50 Jahre alte Hainbuchen, Kirschen und sonstige Bäume.

- b) Stv. Reismann fragt an, ob es rechtlich möglich sei, die Bäume in Form einer Patenschaft den Eigentümern der Grundstücke zu übertragen.

Bürgermeister Borgmann antwortet, dass eine Übertragung zivilrechtlich möglich sei, dies aber auf die weiterhin vorhandene strafrechtliche Verantwortung der Stadt keine Auswirkung habe.

- c) Stv. Grundmann dankt der Verwaltung für die Antworten zu den Baumfällaktionen. Für ihn sei allerdings die Abholzaktion nicht nachvollziehbar, weil die Bäume nach seiner Ansicht sehr gesund gewesen seien. Er fragt an, ob die Verkehrssicherungspflicht bei einem Wald anderen Anforderungen unterliege als bei einer Allee.

Bürgermeister Borgmann gibt zu bedenken, dass die Baumfällungen unter Beteiligung der Försterei und der Unteren Landschaftsbehörde durchgeführt worden seien.

Er betont, dass sorgfältige Untersuchungen durchgeführt werden, bevor es zur Fällung eines Baumes käme.

Zudem erinnert er daran, dass es genügend Vergleichsfälle gebe, in denen die Staatsanwaltschaft aufgrund unterlassener Verkehrssicherungspflicht tätig geworden sei.

- d) Stv. Suttrup spricht die Beratung des Tagesordnungspunktes 3 „Ersteinrichtung für die Baumaßnahmen Marienschule und St. Antoniusgymnasium“ an. Nach seiner Ansicht sei nicht der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt, sondern der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales für die Beratung zuständig.

Bürgermeister Borgmann sagt zu, dies mit den Vorsitzenden der Ausschüsse abzuklären.

- e) Stv. Zanirato spricht den Sauberkeitszustand auf dem ehemaligen Gärtnerengelände neben dem Lidl- Einkaufsmarkt an. Dieser sei unter anderem stark verschmutzt durch die Abfälle der Nutzer der benachbarten Schnellrestaurants.

Bürgermeister Borgmann sagt zu, dies an den Grundstückseigentümer weiterzugeben.

- f) Stv. Schäfer berichtet über einen WDR Fernsehbeitrag in dem darüber informiert wurde, dass das Bundeskartellamt gegen namenhafte Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen wegen eines Preiskartells Untersuchungen durchführen würde. Er fragt an, ob auch die Stadt Lüdinghausen von diesen Herstellern Feuerwehrfahrzeuge bezogen habe.

Bürgermeister Borgmann verneint dies. Von den genannten Firmen sei kein Fahrzeug bezogen worden.

- g) Stv. Guntermann berichtet, dass in der Bauerschaft Ermen hinter der Gaststätte „Hellenkamp“ ca. 20 Bäume gefällt worden seien. Sie fragt nach, ob dafür eine Ausgleichsfläche geschaffen werden müsse.

Bürgermeister Borgmann antwortet, dass bei Abholzungsaktionen auf Privatflächen keine Möglichkeit des Eingriffs vorhanden sei.

- h) Stv. Guntermann fragt nach der Fertigstellung der Baumaßnahme an der Brücke „Wolfsberger Straße“.

Bürgermeister Borgmann sagt zu, die Anfrage an den Kreis Coesfeld weiterzuleiten.

- i) Stv. Breuer fragt nach den weiteren Entwicklungen auf dem ehemaligen Gelände „Elbers“.

Bürgermeister Borgmann antwortet, dass die ehemaligen Pächter das Grundstück „besenrein“ übergeben müssen. Nachfolgend könnten dann Planungen zu weiteren Gestaltung des Bereiches aufgenommen werden.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:25 Uhr geschlossen.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Matthias Kortendieck
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 9. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Lüdinghausen am 24.02.2011

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	
Höring, Volker	
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	
Schäper, Gabriele	
Schmidt, Knut	
Schnittker, Alois	
Schotte, Irmgard	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fohrmann-Schwerter, Ulrich	
Grundmann, Eckart	
Guntermann, Christine	
Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	ab TOP 7

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Bontrup, Florian	
Kehl, Markus	
Wannigmann, Josef	
Wischnewski, Susanne	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
Schäfer, Gregor	
Schwarzenberg, Heribert	
Zanirato, Enrico	

von der Verwaltung

Gantefort, Markus	
Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Tuschmann, Werner	